

BEIGABE eines VERFAHRENSHILFEVERTEIDIGERS – Antrag (Verwaltungsstrafverfahren)

Landesverwaltungsgericht Niederösterreich
 Rennbahnstraße 29 Stiege B
 3109 St. Pölten

Im Wege der Behörde:

Bitte lesen Sie vor dem Ausfüllen
 die Information auf der letzten Seite.
Dieser Antrag ist gebührenfrei.

Hinweis zum Ort der Einbringung:

Der Antrag ist ab Erlassung des Bescheids bis zur Vorlage der Beschwerde bei der **Behörde**, die diesen ausgestellt hat, sonst ab Vorlage der Beschwerde beim **Landesverwaltungsgericht** einzubringen.

**Antrag auf Beigabe eines Verfahrenshilfeverteidigers
 Vermögensbekenntnis zur Erlangung der Verfahrenshilfe
 für das verwaltungsgerichtliche Verfahren**

I. Antrag

WICHTIG: Um eine rasche Bearbeitung Ihres Antrags zu ermöglichen, müssen Sie dieses Formular wahrheitsgemäß, richtig und vollständig ausfüllen. Nichtzutreffendes ist mit „nein“, „keine“ oder „null“ auszufüllen oder der entsprechende Punkt zu streichen; andernfalls sind Ihre Angaben unvollständig. Lesen Sie daher bitte zuerst die Information am Ende dieses Formulars!

Soweit sich die in diesem Formblatt verwendeten Bezeichnungen auf natürliche Personen beziehen, gilt die gewählte Form für beide Geschlechter.

I.1. Angaben zur Person und zum Gegenstand des Antrags:

Ich

Vor- und Nachname			
Anschrift ¹			
Geburtsdatum		Staatsangehörigkeit	
Familienstand		Beschäftigung	

¹ Jede Änderung der Anschrift (Abgabestelle für amtliche Schriftstücke) der antragstellenden Partei ist dem Landesverwaltungsgericht unverzüglich mitzuteilen.

beantrage, das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich möge mir zur Vertretung meiner Interessen im Beschwerdeverfahren betreffend den Bescheid

des/der (Behörde)	
vom	
Geschäftszahl	
zugestellt am	

die Beigabe eines Verfahrenshilfeverteidigers gemäß § 40 VwGVG bewilligen.

Kopie des Bescheids unbedingt beilegen!

I.2. Für den Fall einer Vertretung

- gesetzlicher Vertreter (bei minderjährigen Antragstellern)
- Vorsorgebevollmächtigter
- Erwachsenenvertreter

Vor- und Nachname	
Anschrift	

I.3. Sprachkenntnisse

Ich spreche die deutsche Sprache

- ausreichend
- nicht ausreichend und brauche einen Dolmetscher für nebenstehend angegebene Sprache:

--

I.4. Rechtssache

Ich benötige die Verfahrenshilfe

- um eine Beschwerde zu erheben.
- um einen Vorlageantrag zu stellen.
- um einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens/einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu stellen.
- zur Vertretung im gesamten verwaltungsgerichtlichen Verfahren.
- zur Vertretung bei der Verhandlung.

Bitte führen Sie genau aus, worum es in der Rechtssache, für welche Sie Verfahrenshilfe beantragen, geht und schildern Sie den Sachverhalt, auf den Sie sich stützen.

--

I.5. Umfang der Verfahrenshilfe

Ich beantrage die **Befreiung** von den Kosten für die Vertretung durch einen Rechtsanwalt.

Ich ersuche um Bestellung des Rechtsanwalts:²

I.6. Begründung für den Antrag

Diesen Antrag begründe ich wie folgt (zu den Bewilligungsvoraussetzungen vgl. die Information auf der letzten Seite):

Führen Sie die Gründe an, warum Sie die unentgeltliche Begebung eines Verfahrenshilfeanwalts beantragen (zB zu erwartende besondere Schwierigkeiten im Verfahren in rechtlicher oder tatsächlicher Hinsicht; Verfahrensverlauf, der sich Ihrer Übersicht und Einsicht entzieht oder entziehen könnte).

² Dieses Feld muss nicht ausgefüllt werden, zumal kein Anspruch auf Bestellung eines bestimmten Rechtsanwalts besteht. Den Wünschen einer Partei über die Auswahl des Rechtsanwalts ist im Einvernehmen mit dem namhaft gemachten Rechtsanwalt jedoch nach Möglichkeit zu entsprechen (§ 40 Abs. 2 iVm § 8a Abs 6 VwGGV).

II. Vermögensbekenntnis zur Erlangung der Verfahrenshilfe

II.1. Angaben über die Person

Vor- und Nachname, akademischer Grad		
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)		
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden		
Beruf/Beschäftigung		

II.2. Wohnverhältnisse

1. Ich bewohne <input type="checkbox"/> im eigenen Haus <input type="checkbox"/> in einer Genossenschaftswohnung <input type="checkbox"/> in einer Dienstwohnung <input type="checkbox"/> in einer Eigentumswohnung <input type="checkbox"/> in einer Mietwohnung <input type="checkbox"/> in untergemieteten Räumen folgende Wohnräume (Anzahl und Art der Räume inkl. Größe in m ²):
2. Ich habe für die Benützung der Wohnung (einschließlich Betriebs-, Strom- und Heizkosten) monatlich _____ Euro zu zahlen und schließe als Beleg bei:

II.3. Einkommen

Ich habe folgendes Einkommen:	
1. als unselbständig Erwerbstätiger beim Arbeitgeber (Name und Anschrift): <input type="checkbox"/> monatliches <input type="checkbox"/> wöchentliches <input type="checkbox"/> tägliches Einkommen, einschließlich aller Zulagen und Beihilfen, nach Abzug der öffentlich-rechtlichen Abgaben und Beiträge, ohne Abzug der Schulden von	_____ Euro
2. als selbständig Erwerbstätiger ein jährliches Reineinkommen von	_____ Euro

<p>3. als <input type="checkbox"/> Pensionist <input type="checkbox"/> Rentner <input type="checkbox"/> Fürsorgeempfänger (z.B. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe, sonstige Zuschüsse) von monatlich</p> <p>Auszahlende Stelle:</p>	<p>_____ Euro</p>
<p>4. sonstiges in den vorstehenden Punkten nicht aufgezähltes Einkommen, wie z.B. Leibrente, Ausgedinge, Einnahmen aus Vermietung, Untervermietung, Verpachtung (Unterhaltsansprüche siehe Abschnitt VI)</p> <p>von <input type="checkbox"/> täglich <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich</p>	<p>_____ Euro</p>
<p>Als Einkommensnachweis ist beigeschlossen (Lohn-, Gehaltsbestätigung, Einkommenssteuerbescheid, Abschrift der Einkommensteuererklärung, Empfangsabschnitt, Bestätigung der Pensionsversicherungsanstalt, Bestätigung des AMS):</p>	

II.4. Vermögen

<p>Ich habe folgendes Vermögen:</p>	
<p>1. Liegenschaften</p> <p><input type="checkbox"/> Grundstück <input type="checkbox"/> Haus <input type="checkbox"/> Wohnungseigentum</p> <p>Ort der Liegenschaft:</p> <p>eingetragen im Grundbuch _____ der Katastralgemeinde</p> <p>unter der Einlagezahl _____</p> <p>Letzter steuerlicher Einheitswert (Angabe des Finanzamtes und des Aktenzeichens): _____</p> <p>Höhe des Jahresertrages: _____ Euro</p>	
<p>2. Unternehmen (Art, Ort, Name oder Firma): _____</p> <p>Letzter steuerlicher Einheitswert (Angabe des Finanzamtes und des Aktenzeichens): _____</p>	
<p>3. Bargeld in der Höhe von _____ Euro</p>	
<p>4. Einlagebücher</p> <p>Bank/Sparkasse: _____ Nummer des Einlagebuches: _____</p> <p>Höhe der Einlage: _____ Euro</p>	

5. Sparkassen- oder Bankkonto		
Bank/Sparkasse:	Nummer des Kontos:	
Derzeitiger Stand: _____ Euro		
6. Wertpapiere		
Art:	Anzahl:	<input type="checkbox"/> Nennbetrag _____ Euro
		<input type="checkbox"/> Kurswert _____ Euro
7. Bausparvertrag		
Anstalt:	Nummer des Vertrages:	
Vertragssumme: _____ Euro		Angesparter Betrag: _____ Euro
8. Lebensversicherungen		
Anstalt:	Art:	
Nummer des Versicherungsscheines:		
Versicherungssumme: _____ Euro		
Name des Berechtigten:		
9. Rechtsschutzversicherung		
Anstalt:	Gegenstand:	
Nummer des Versicherungsscheines:		
Versicherungssumme: _____ Euro		
10. Forderungen (Unterhaltsforderungen siehe Abschnitt VI)		
Name und Anschrift des Schuldners:		
Höhe der Forderung: _____ Euro		
11. Sonstige Vermögensgegenstände		
a) Gewerbe-, Pacht-, Urheber-, Patent-, Gesellschaftsrechte und Ähnliches:		
b) Kraftfahrzeug:		
Marke:	Type:	Baujahr:
Marke:	Type:	Baujahr:
c) sonstige Sachen von größerem Wert, wie Schmuck, Kunstgegenstände, Sammlungen, Boote, etc.:		
Als Beleg schließe ich bei:		

II.5. Schulden (ohne Unterhaltsschulden, siehe Abschnitt II.6):

Art der Schulden (z.B. Ratenverpflichtungen, Darlehensschuld):

Name und Anschrift des Gläubigers:

Höhe der Schuld: _____ Euro

Als Beleg schließe ich bei:

II.6. Unterhaltsansprüche und -pflichten

1. Ich habe gegenüber (Name und Anschrift des Unterhaltsschuldners)

einen Unterhaltsanspruch – falls in Geld bestehend - in der Höhe von _____ Euro.

2. Ich habe gegenüber folgenden Personen Unterhaltungspflichten:

a) Ehefrau/Ehemann (Name und Anschrift des Unterhaltsgläubigers):

falls in Geld bestehend, in der Höhe von _____ Euro

b) früherer Ehefrau/früherem Ehemann (Name und Anschrift des Unterhaltsgläubigers):

falls in Geld bestehend, in der Höhe von _____ Euro

c) Kindern (Name, Alter und Anschrift des Unterhaltsgläubigers):

falls in Geld bestehend, in der Höhe von _____ Euro

d) sonstigen Personen (Name und Anschrift des Unterhaltsgläubigers):

falls in Geld bestehend, in der Höhe von _____ Euro

Als Nachweis der Unterhaltungspflicht ist beigegeben (z.B. Gerichtsurteil, Vergleich):

Ich erkläre, dass meine Angaben über meine persönlichen Umstände wahr und vollständig sind, und nehme zur Kenntnis, dass im Falle der Erschleichung der Verfahrenshilfe durch unrichtige oder unvollständige Angaben

- 1. die Kosten der Vertretung durch einen Rechtsanwalt nachzuzahlen sind;**
- 2. eine Mutwillensstrafe verhängt werden kann;**
- 3. strafrechtliche Folgen eintreten können;**
- 4. eine zivilrechtliche Haftung für alle verursachten Schäden eintritt.**

Ort, Datum

Unterschrift³

³ Im Falle einer Vertretung gemäß **I.2.** ist das Formular vom Vertreter zu unterschreiben.

Information zur Beigabe eines Verfahrenshilfeverteidigers:

§ 40 Abs 1 VwGVG:

Ist ein Beschuldigter außerstande, die Kosten der Verteidigung ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten, so hat das Verwaltungsgericht auf Antrag des Beschuldigten zu beschließen, dass diesem ein Verteidiger beigegeben wird, dessen Kosten der Beschuldigte nicht zu tragen hat, soweit dies im Interesse der Rechtspflege, vor allem im Interesse einer zweckentsprechenden Verteidigung, erforderlich und auf Grund des Art 6 Abs 1 und Abs 3 lit. c der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder des Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union geboten ist.

Antragstellung/Einbringung

Jeder Beschuldigte kann ab der Zustellung oder der mündlichen Verkündung des Straferkenntnisses beantragen, dass ihm ein Verteidiger beigegeben wird, dessen Kosten der Beschuldigte nicht zu tragen hat.

Der Antrag ist ab Erlassung des Bescheids bis zur Vorlage der Beschwerde **bei der Behörde, die diesen ausgestellt hat**, sonst ab Vorlage der Beschwerde **beim Landesverwaltungsgericht** einzubringen.

Bewilligungsvoraussetzungen

Die Verfahrenshilfe wird bewilligt, wenn

1. der Beschuldigte eines Strafverfahrens, das durch ein Straferkenntnis abgeschlossen wurde, außerstande ist, ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie, für deren Unterhalt er zu sorgen hat, zu einer einfachen Lebensführung notwendigen Unterhalts die Kosten der Verteidigung (Rechtsanwalt) zu tragen und
2. soweit dies im Interesse der Verwaltungsrechtspflege, vor allem im Interesse einer zweckentsprechenden Verteidigung, erforderlich und geboten ist.

Dem Bewilligungsantrag sind die erforderlichen Nachweise (Vermögensverzeichnis) und eine Kopie des Straferkenntnisses anzuschließen. Bei unvollständiger Antragstellung muss mit einer Versagung der Bewilligung gerechnet werden (Mitwirkungspflicht des Antragstellers).

Bewilligung

Die Bewilligung erfolgt durch Beschluss. Eine Beschlussausfertigung erhält die Rechtsanwaltskammer, die sodann einen Rechtsanwalt zum Verteidiger bestellt.

Auswirkung auf die Beschwerdefrist

Wenn innerhalb der Beschwerdefrist die Verfahrenshilfe beantragt wird, so beginnt die Beschwerdefrist mit der Zustellung des **Beschlusses über die Bestellung** des Rechtsanwalts zum Vertreter und des anzufechtenden Bescheids an diesen neu zu laufen.

Wird der rechtzeitig (innerhalb der Beschwerdefrist) gestellte Antrag auf Bewilligung der Verfahrenshilfe **abgewiesen**, so beginnt die Beschwerdefrist mit der Zustellung des abweisenden Beschlusses an den Antragsteller neu zu laufen.